

18.12.2019

Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Teschlade
zum Haushalt 2020 der Stadt Rhede

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bernsmann,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
Sehr geehrte Frau Korff / Frau Hecker??? (BBV)
Sehr geehrte Gäste,

Bürgermeister und Kämmerer haben in diesem Jahr den Entwurf des Haushaltsplans deutlich früher als in den Vorjahren vorgelegt. Dies sehen die gesetzlichen Bestimmungen so vor und es macht ja durchaus Sinn, mit Beginn des Planungszeitraumes am 01.01. eines Jahres auch mit einem rechtlich legitimierten Plan arbeiten zu können. Ein viertel Jahr früher als sonst einen Haushaltsplan aufzustellen und über 600 Seiten Zahlen, Daten und Erläuterungen durcharbeiten, ich denke, das ist schon ein ziemlicher Kraftakt aller Beteiligten, zumal wir ja in diesem Jahr mit dem Stadtentwicklungskonzept und der GESA, um nur 2 Projekte heraus zu greifen, auch noch andere ziemlich beratungsintensive Themen zu bewältigen hatten.

Und wer glaubte, in nur 9 Monaten wird sich ja finanztechnisch nicht viel verändert haben, wurde dann bei der Einbringung des Haushalts Anfang Oktober eines Besseren belehrt. Während wir in den vergangenen Jahren hohe Überschüsse von jeweils rund 1 Mio. Euro erzielten und auch Anfang des Jahres für 2020 noch ein Überschuss in ähnlicher Höhe prognostiziert wurde, geht der Kämmerer jetzt nach Abschluss der Beratungen für den Haushaltsplan 2020 nicht mehr von einem Überschuss, sondern von einem satten Haushaltsdefizit in Höhe 1,7 Mio. Euro aus. Das ist schon eine riesige Diskrepanz, die nun durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden muss.

Herr Schmeing hat bei seiner Erläuterung des Haushaltsplans auf die wesentlichen Ertragsreduzierungen und Aufwandssteigerungen hingewiesen. Hätten wir in Düsseldorf noch eine rot-grüne Landesregierung, hätte die Rheder CDU vermutlich wieder über 400.000 Euro niedrigere Schlüsselzuweisungen geschimpft. **Wir** haben in der Vergangenheit immer darauf hingewiesen, dass diese Mittelzuweisungen auf Berechnungen entsprechend der sich jährlich verändernden Steuerkraft beruhen und ersparen den Zuhörern nun unter umgekehrten politischen Vorzeichen dumme Kommentare.

Dass die Integrations- bzw. Migrationspauschale wie sie jetzt heißt, um 400.000 Euro reduziert wurde, ist auch aus unserer Sicht unverständlich. Wir alle wissen, wie wichtig Integration für ein gutes Zusammenleben ist, das ja nicht irgendwo stattfindet, sondern hier vor Ort funktionieren muss. Da es wohl unstrittig ist, dass Integration keine originäre Aufgabe der Kommunen darstellt, müssen Bund und Land weiterhin zu einer ausreichenden Finanzausstattung der Städte und Gemeinden gedrängt werden. Allerdings betrachten wir Integration anders als Sie, Herr Bernsmann, nicht als „**Daueraufgabe**“, denn dann würden die Kommunen etwas falsch machen. Ziel der Integration ist doch, dass Migranten sich je nach Gegebenheiten über kurz oder lang eigenständig versorgen können und nicht mehr auf die Hilfe des Staates angewiesen sind.

Eine Entwicklung, die **uns** scheinbar größere Sorgen bereitet als dem Bürgermeister, sind die ja schon fast dramatisch steigenden Aufwendungen der Kreis- und Jugendamtsumlagen. Diese Umlagen betragen mittlerweile mehr als 30 Prozent der Gesamtaufwendungen, mit weiter steigender Tendenz. 2020 steigt vor allem die Jugendamtsumlage überproportional, wofür insbesondere die deutlich gestiegene Zahl der Kita-Plätze ursächlich ist. Natürlich sind ausreichende Kita-Plätze auch ein besonderes Anliegen der SPD. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist inzwischen für Unternehmen fast genauso wichtig wie für junge Familien. Zuständig für die Kita-Finanzierung sind aber primär die Länder, weshalb ja die CDU vor ihrer Regierungsübernahme in Düsseldorf auch großspurig die Notwendigkeit einer umfassenden Reform des NRW-Kinderbildungsgesetzes angekündigt hat. Aus dem angekündigten großen Wurf ist aber nur ein kleines „Reförmchen“ geworden, weshalb die Kitas weiterhin unseren Haushalt enorm stark belasten. Dies ist auch deshalb unverständlich, weil die Länder über das sogenannte Gute-Kita-Gesetz einen Milliarden schweren Zuschuss zur Unterstützung der Kommunen erhalten haben. Deshalb dürfte es eigentlich nicht sein, dass Rhede neben der hohen

Jugendamtsumlage im kommenden Jahr noch zusätzlich über 600.000 Euro aufbringen muss. Angesichts dieser prekären Situation für die nächsten Jahre einfach auf das Prinzip Hoffnung zu setzen, damit es nicht noch schlimmer kommt, wie Sie es, Herr Bernsmann, in Ihrer Haushaltsrede tun, halten wir für fatal. Warum ergreifen **Sie** nicht die Initiative, um gemeinsam mit ihren Bürgermeisterkollegen die Landesregierung zu mehr finanziellem Engagement zu bewegen. Warum, Herr Bürgermeister, nutzen Sie nicht ihre zahlreichen Fototermine, um auch dem Minister Wüst diese Sorgen der Stadt vorzutragen und um Vermittlung in Düsseldorf zu bitten? Immerhin ist Herr Wüst ja nicht nur Verkehrsminister, sondern auch Abgeordneter des hiesigen Wahlkreises.

Die sich innerhalb weniger Monate von einem hohen Überschuss zu einem satten Defizit veränderte Haushaltslage ist alles andere als erfreulich, auch wenn aufgrund der Überschüsse der vergangenen Jahre die Ausgleichsrücklage gut gefüllt ist und das im Jahre 2020 erwartete Defizit ausgeglichen werden kann. Dass Rhede trotz der sich veränderten Finanzlage weiterhin in die Infrastruktur investieren muss, um Straßen, Schulen, Sportstätten usw. zu sanieren, halten wir für unumgänglich. Dies nicht zu tun, wäre eine unverantwortliche Hinterlassenschaft an die nachfolgende Generation. Wir finden es gut, Herr Bernsmann, dass Sie das ähnlich sehen. Allerdings hätten Sie den Bürgerinnen und Bürgern ehrlicher Weise auch sagen sollen, dass ein erheblicher Teil der geplanten Investitionsmittel noch aus 2019 stammen, weil Sie die für 2019 vorgesehenen Investitionsmittel aus verschiedenen Gründen gar nicht ausnutzen konnten. Ob auch der ursprünglich gar nicht so vorgesehene starke personelle Einsatz etlicher städtischer Mitarbeiter an der Gesa-Baustelle dafür ursächlich ist, konnten wir noch nicht wirklich klären.

Der in der Haushaltrede im Zusammenhang mit Investitionstätigkeiten geäußerte flotte Spruch „Gestalten statt verwalten“ galt natürlich, Herr Bernsmann, auch schon vor Ihrer Amtszeit. Nur, haben in den Jahren ihrer Amtszeit sprudelnde Steuereinnahmen der Politik und Verwaltung das notwendige Investieren leichter gemacht. In Zeiten von Haushaltsdefiziten **und** fehlenden Rücklagen, die frühere Jahre oft prägten, ist nämlich eher Zurückhaltung und Kreativität als Gestaltungswille gefordert.

Die Sanierung der Gesamtschule hält uns nach wie vor in Atem. Es war richtig, dass die Politik einvernehmlich die Reißleine gezogen und den Bürgermeister

gebeten hat, Kündigungsmöglichkeiten des Architektenvertrages zu prüfen. Die Aussagen des beratenden Fachanwalts waren eindeutig, so dass die Politik sich trotz der bestehenden finanziellen Risiken zur Kündigung entschließen musste. Ähnliches galt für die Kündigung des Vertrages mit dem Bauunternehmen. Die bisher **insgesamt** schon verursachten hohen Mehrkosten von 7 bis 8 Mio. Euro sind leider wohl noch nicht das Ende der Fahnenstange.

Aber die Kosten sind das Eine. Das Andere ist das Image unserer Schule. Wenn man – wie wir es nun wiederholt getan haben, bekannte Schülerinnen und Schüler befragt, dann bekommt man in etwa Antworten mit folgendem Tenor: Ja, es war blöd, dass wir schon 3 Wochen nach Schulbeginn wieder den Klassenraum wechseln mussten, aber sonst ist die Gesa super, die Lehrer sind okay oder sogar toll, wir machen viel und das Lernen macht meistens richtig Spaß. Warum erzähle ich das? Könnte es sein, dass wir Erwachsene, die Politik, die Elternschaft, die baulichen Zustände anders bewerten, als die betroffenen Schülerinnen und Schüler? Könnte es sein, dass wir Erwachsenen und damit auch die Öffentlichkeit die Gesa nur noch als **Baustelle** und nicht mehr als eine Rheder **Bildungseinrichtung** wahrnehmen?

Vielleicht sehen die Kinder die **positiven** Fortschritte, neue Klassenräume und Unterrichtsmaterialien ihrer Schule **mehr** und deutlicher als Staub und Baustellenlärm. Gerade als Handwerker liegt es mir fern, die Probleme dieser Dauerbaustelle klein zu reden. Aber ich möchte deutlich machen, dass diese Schule in erster Linie ein Ort ist, wo unsere Rheder Kinder trotz Baugerüste, von denen ja auch andere Schulen nicht verschont bleiben, gute Bildung durch engagierte Lehrerinnen und Lehrer erfahren und sich wohl fühlen. Es ist ein Ort, **mit** dem sich auch heute und erst recht morgen wieder, Rheder Schülerinnen und Schüler identifizieren können. Dies zu kommunizieren, für die Gesa **zu werben**, sollte neben den finanziellen Problemen **auch** unser **gemeinsames** Anliegen sein. Vielleicht ist es eine Schnapsidee von uns, vielleicht aber auch eine Anregung für Frau Holthöfer-Büse einmal zu überlegen ob wir nicht im nächsten Jahr einen Wirtschaftsdialog „Bildung“ machen können. Ein Wirtschaftsdialog in der Gesa, notfalls in der Sporthalle, unter der Beteiligung von Lehrerschaft und interessierten Eltern.

Lasst uns die Gesa wieder als eine tolle Rheder Bildungseinrichtung in den Vordergrund schieben.

Die SPD-Fraktion hatte sich in ihrer Haushaltsklausur Anfang November im Ergebnis darauf verständigt, dem von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsentwurf zuzustimmen. Aber wie so oft, kommt es im Leben anders und dann bedarf es neuer Antworten.

Denn so wurden wir im Laufe der Haushaltsberatungen mit Anträgen der CDU konfrontiert, die ein Umdenken notwendig machten. Da sollen entsprechend dem Wunsch der Landwirte kurzfristig umfangreiche Sanierungsmaßnahmen für die Wirtschaftswege in Höhe von 3 oder 2,35 Mio. Euro in Angriff genommen werden. Diese werden nun in Erwartung hoher Fördermittel durch das Land in den Haushalt gestellt. Die Verwaltung äußerte in ihrer Stellungnahme nicht nur Bedenken dagegen, weil z. B. bei so einem Vorgehen die Fördermittel in Frage stehen, sondern bewertete das Konstrukt schlichtweg als unrealistisch und nicht umsetzbar. Auch die im Zuge der Beratungen zwischen CDU und dem Bürgermeister ausgehandelten Reduzierungen ändern an dieser negativen Bewertung unseres Erachtens nichts. Sie ändern vor allem auch deshalb nichts, weil es in Rhede derzeit eine Ungleichbehandlung im Hinblick auf die Beteiligung der Anlieger an den Straßenbaukosten gibt. Unsere derzeitige Ortssatzung sieht nämlich keine Kostenbeteiligung für Straßensanierungen von Grundstückseigentümern in den Außenbezirken vor. Die Bemühungen, hierfür eine adäquate Lösung im Rahmen eines Wirtschaftswegeverbandes zu finden, laufen seit Jahren. Auch wenn nun angeblich Anfang nächsten Jahres eine solche Vereinbarung vorliegen soll, kennt sie die Politik bis heute nicht. Die Politik weiß bis heute nicht, ob dann wirklich alle Betroffenen sich dieser Vereinbarung anschließen und die Politik weiß ebenfalls nicht, ob es sich dabei um eine **angemessene** Lösung handelt oder den dort vorgesehenen Kostenbeteiligungen nur Symbolcharakter beigemessen werden kann. Wenn ich das **alles** nicht weiß, kann ich mich als verantwortlicher Politiker nicht dem Antrag der CDU anschließen.

Der SPD geht es darum, zunächst einmal eine bestehende Ungerechtigkeit zu beseitigen, auf die ja auch das Gemeindeprüfungsamt schon vor Jahren hingewiesen hat. Deshalb treiben wir keinen Keil in die Bürgerschaft, sondern versuchen genau das zu verhindern. Insofern, Herr Bölting, ist Ihre diesbezügliche Äußerung im Haupt- und Finanzausschuss nicht nur absurd, sondern böse.

Und ganz nebenbei muss man sich jetzt noch fragen, welcher Grundstückseigentümer in Vardingholt, Krommert oder Büngern noch bereit ist,

sich einer Finanzierungsregelung im Rahmen des Wirtschaftswegeverbandes anzuschließen, wenn er weiß, dass das Geld für die Sanierung ohnehin schon im Haushalt bereitgestellt ist.

Genauso stellt sich für uns die Frage, worum sich der Bürgermeister nicht hinter der fachlichen Expertise seiner eigenen Verwaltung stellt, sondern mit der CDU gemeinsame Sache macht. Es stellt sich die Frage, warum sich der Bürgermeister dazu hergibt, einen Scheck für die Erstellung eines Mobilitätskonzeptes entgegen zu nehmen, um schon vor Beginn der Konzepterstellung Teile der Mobilitätsmaßnahmen haushaltsplanerisch festzuschreiben. Ich darf daran erinnern, dass die Fördermittel für die Konzepterstellung auch Steuermittel sind.

Man muss kein Schelm sein, wenn man Böses denkt, weil CDU wie Bürgermeister 10 Monate vor der Kommunalwahl auf diese Weise Wahlgeschenke zu Lasten der Steuerzahler verteilen.

Um jegliche Missverständnisse vorzubeugen. Die SPD teilt die Auffassung der Verwaltung, dass in den nächsten Jahren auch für die Sanierung der Wirtschaftswege Geld in die Hand genommen werden muss. Das ist absolut nicht der Punkt. Aber es muss konzeptionell durchdacht und finanziell ausgewogen sein.

Ein weiterer Antrag der CDU, der uns verstört, ist die Forcierung der Wohnbaulandentwicklung. Zum einen befinden wir uns noch in der Entwicklung eines neuen Stadtentwicklungskonzeptes, wozu es noch keinen fertigen Entwurf, geschweige eine Beratung in irgend einem politischen Gremium gibt. Zum anderen hat die Verwaltung in der Vergangenheit immer wieder deutlich gemacht, dass Wohnbaulandentwicklung auch mit der vorhandenen städtischen Infrastruktur in Einklang stehen muss. Vor allem aber stellt sich die Frage, wie ernst sie es wirklich mit Klima- und Naturschutz nehmen. Ganz offensichtlich **nicht** besonders ernst. Denn von ressourcenschonende Wohnbaulandentwicklung zu sprechen, um dann, wenn man sich politische Vorteile davon erhofft, dieses Gerede in den Wind zu schlagen, ist völlig unglaubwürdig. Auch hier, Herr Bernsmann, wo war denn ihr Veto gegen **diesen** Antrag? Sie haben doch in Ihrer Haushaltsrede genau diese Forderung auf ressourcenschonende Entwicklung gefordert.

Besonders dreist und deshalb offensichtlich auch schon dem Wahlkampfmodus geschuldet ist, dass die CDU sehr gut weiß, dass die Stadt gar nicht genügend Wohnbauland zur Verfügung hat, um es den Wählerinnen versprechen zu können.

Und Herr CDU-Fraktionsvorsitzender, Sie kennen sich doch in der Bocholter Stadtverwaltung aus. Warum schlagen Sie nicht auch für Rhede vor, die simple Idee der Nachbarn, auch ohne Anlass Potenziale zu prüfen, um die Nahverdichtung zu beschleunigen, statt eine beschleunigte Versiegelung von wertvollem Wiesen- und Ackerland zu beantragen?

Ja, behutsame Wohnbauentwicklung ist nur eine sehr kleine Maßnahme für Klima und Naturschutz, zeigt aber wie ernst die Mehrheitsfraktion und unser Bürgermeister ihre eigenen Worte nehmen.

Wir können die völlig falschen Weichenstellungen aufgrund der aktuellen Mehrheitsverhältnisse nicht aufhalten, aber können es auch nicht verantworten, die beiden Vorhaben der CDU und des Bürgermeisters – erweiterter Wohnbaulandentwicklung und voreilige Sanierung der Wirtschaftswege – durch Zustimmung zum Gesamthaushalt 2020 mitzutragen.

Aber ich möchte noch auf einige andere Themen zu sprechen kommen.

Vor dem Hintergrund der drei in Rhede ansässigen Schokoladenhersteller, der Pralinenmanufaktur, dem Pralinenboten und Schokodragee soll, so verkündete es der Bürgermeister in seiner Rede, unter dem Slogan „Schokolade und Genuss“ für die Stadt geworben werden. Diese Idee hatte auch der CDU-Fraktionsvorsitzende in seiner Haushaltsrede 2019 bereits verkündet und wir stimmten dem gerne zu. Nur leider sind wieder aus richtigen und guten Worten **keine** guten Taten geworden. Statt dem Pralinenboten die gebotene und gewünschte Möglichkeit zu geben, sich auf einem Grundstück am Ortsausgang niederzulassen, um sich adäquat präsentieren zu können, zieht der Rat mehrheitlich lieber ein anderes Rheder Unternehmen vor, das bereits über subventionierte Grundstücke verfügt. Die SPD hält das für sachlich falsch und ungerecht. Deshalb konnten wir dem auch nicht zustimmen.

Aber diese Entscheidung macht exemplarisch auch deutlich, Herr Bernsmann, warum wir mit Ihrer Amtsführung oft so unzufrieden sind. Sie stehen nicht hinter ihren eigenen Worten, hinter gut begründeten Vorschlägen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie haben auch im Rat oder in den Fachausschüssen noch nicht **einmal** den Versuch unternommen, unterschiedliche politische Auffassungen zum Wohl der Stadt Rhede zusammen zu führen oder Kompromisse auszuloten.

Das Thema Klima- und Naturschutz greife ich auf, **nicht** weil es gerade, wie Sie, Herr Bürgermeister, formulieren „hoch im Kurs steht“. Nein, für uns ist es ein bitter ernstes Thema und wenn man die vielen Opfer klimabedingter Stürme, Flutkatastrophen oder Hitzeperioden betrachtet, dann muss man leider auch sagen, es ist es ein im wahrsten Sinne des Wortes **todernstes** Thema. Wie stark sich zum Beispiel die Sommertemperaturen hier im Kreis Borken entwickelt haben, machte auch die kleine Statistik in der Beratungsvorlage für den Haupt- und Finanzausschuss in der letzten Woche deutlich.

Ihre Ausführungen zum Klimaschutz, Herr Bernsmann, sind enttäuschend. Sie weisen vorsichtig auf das gravierende Problem hin, verstricken sich in Widersprüchen, zitieren ausführlich die bedrückenden Worte von Alexander Gerst und fragen sich dann anschließend, ob Elektroautos tatsächlich der Weisheit letzter Schluss sind. Abgesehen davon, dass wir in Rhede wohl keinen Einfluss auf die Automobilindustrie nehmen können und wir leider auch nicht mehr die Zeit haben, die Bedenken der Autofreaks und -lobbyisten auszuräumen, hätten wir von unserem Bürgermeister stattdessen konkrete Überlegungen und Vorschläge erwartet, was wir als **Kommune**, was wir hier in **Rhede** in den nächsten Jahren tun können, nicht nur um den CO₂ - Ausstoß zu verringern, sondern auch um der bedrohlichen Artenvielfalt entgegen zu wirken oder unsere Wälder hier vor unserer Haustür zu schützen.

Stattdessen versuchen sie, Herr Bernsmann, nicht anzuecken und niemanden weh zu tun. Nein, die Landwirtschaft ist längst nicht der Hauptverursacher für die Klimaverschlechterung und Zerstörung der Umwelt. Aber sie trägt eben auch ihren Anteil genauso wie wir Verbraucher dazu bei. Klar, die Landwirtschaft sorgt für die Ernährung der Menschen, aber in Rhede sehe ich große Flächen mit Mais, der uns eben nicht ernährt, sondern in die Biogasanlage wandert. Deshalb müsste man auch über die CO₂ Bilanz von Biogas, über die riesigen Mengen von Lebensmittel, die von Industrie, Händlern und von uns Verbrauchern weggeworfen werden und vieles mehr diskutieren,

was natürlich den Rahmen sprengt. Aber, und das wollte ich andeuten, die Probleme sind eben viel komplexer als Sie es in ihrer Rede versuchen darzustellen. Deshalb kann man ihre diesbezüglichen Ausführungen auch nicht so einfach kommentarlos stehen lassen.

Widersprüchlich sind ihre Aussagen insbesondere schon zu Beginn Ihres Klimaabschnitts. Da sprechen sie zutreffend die extrem warmen und trockenen Sommer an, die auch in Rhede ihre Auswirkungen auf Landwirtschaft und Bäume zeigen. Sie reklamieren Handlungsbedarf, um gleich im nächsten Satz zu sagen, dass sie jeglichen Forderungen, **keine** Flächen mehr zu versiegeln, eine deutliche Absage erteilen. Gleichzeitig betonen Sie, eine Stadt muss sich entwickeln. Lieber Herr Bernsmann, ich habe im gesamten Rat der Stadt noch nicht eine Stimme gehört, die **keine** Fläche mehr in Rhede versiegeln will. So eine polemische schwarz-weiß Malerei erstickt im Ansatz jegliche Bemühungen um Klimaschutz. Und sie steht auch im Widerspruch zu einem ressourcenschonenden Flächenverbrauch, der - wie Sie noch vor ein paar Wochen betonten - ganz oben auf Ihrer Liste steht, aber nun offensichtlich in Anbetracht des CDU-Antrages ganz schnell nach unten gerückt ist.

Tatsächlich geht es doch um eine **Reduzierung** der Versiegelungen, um die Frage einer stärkeren Innenstadtverdichtung, wie um mehrgeschossiges Bauen, um Vermeidung von Versiegelung wertvoller Acker-, Wiesen und Grünflächen. Ja, die Stadt muss sich weiterentwickeln, aber wohin? Ihre Plattitüde „Stagnation bedeutet Rückschritt“, hieß doch bisher: immer schneller, besser, mehr. Meinen Sie das wirklich? Steht dieser Hinweis nicht im Widerspruch zu dem Zitat, das der Referent des Pestel-Instituts im letzten Bauausschuss erwähnte „Wer in einer begrenzten Welt an unbegrenztes Wachstum glaubt, ist entweder verrückt oder Ökonom?“

Wenn Sie als Bürgermeister Klima- und Naturschutz wirklich ernst meinen, dann wäre es hilfreich und geboten, den Bürgerinnen und Bürgern zu sagen, dass sich in Rhede auch etwas ändern wird, was heute viele landläufig noch als Rückschritt oder Verzicht sehen, in Wirklichkeit aber nachfolgenden Generationen hilft, eine lebenswerte Zukunft zu erhalten. Ein Rheder Unternehmer sagte uns unlängst, die meisten Unternehmen, auch Rheder Unternehmen, denken in Fragen des Umweltschutzes schon viel weiter und radikaler als Politik und öffentliche Verwaltung es tun. Ich kann das nicht überprüfen. Aber wenn dem so ist, wäre das, wie ich finde, beschämend.

Selbstverständlich findet die im Zuge der Sanierungsmaßnahmen des Rathauses geplante Photovoltaikanlage unsere Zustimmung. Aber wenn, wie von der Verwaltung dargestellt, diese Anlage wegen der dann möglichen eigenen Stromversorgung ein Einsparpotenzial von netto 150.000 Euro in 20 Jahren generiert, muss man die Frage stellen dürfen, warum die Anlage nicht schon einige Jahre früher installiert worden ist? Und die zweite Frage, die sich stellt ist, warum wir nicht auf weiteren städtischen Gebäuden eine Photovoltaikanlage installieren, zumal es sich doch wirtschaftlich gut darstellen lässt?

Besonders misslich findet die SPD eine weitere Aussage des Bürgermeisters zur Wohnbaulandentwicklung. Zitat: „Auch hier werden wir verstärkt in den Geschosswohnungsbau gehen müssen, um neben geringen Flächenverbrauch auch bezahlbaren Wohnraum zu schaffen“ Meinen sie wirklich, Herr Bernsmann, dass die sogenannten kleinen Leute den Klimawandel schultern sollen, während die anderen, so fordern Sie es ja im Prinzip, weiter in großzügigen Wohngebieten mit großflächigen Häusern, Doppelgaragen und Kiesbeeten sich nicht um das Klima zu kümmern brauchen? Es mag Ihnen gelingen, solche Überlegungen mit der CDU umzusetzen. Die SPD jedenfalls wird alles versuchen, sich gegen ein so unsoziales Ansinnen zu wehren. Wir sind der Auffassung, dass künftig Mehrfamilienhäuser bzw. Geschosswohnungsbau vermehrt auch ein Alternativangebot zu Eigenheimen auf der grünen Wiese darstellen muss, völlig unabhängig von der unstreitigen Notwendigkeit bezahlbaren Wohnraums. Die Attraktivität solcher Wohnungen hängt nicht nur von der Mentalität der Bürger, sondern eben auch von Gestaltung und der Kommunikation durch Politik, Verwaltung und anderen Akteuren ab.

Ich will hiermit das Kapitel Klima abschließen, wohl vermutend, dass einige wieder die Sprüche auf den Lippen haben, wir könnten in Deutschland und schon gar nicht in den Kommunen die Welt retten. Aber wie sagt der Bauer: Kleinvieh macht auch Mist. Und wir könnten uns, so absurd es klingen mag, diesbezüglich ein Beispiel an den USA nehmen. Während nämlich der amerikanische Präsident den Klimawandel massiv leugnet und alle in den Staaten böse droht, die doch Klimaschutzmaßnahmen ergreifen, gibt es in den USA einige Gouverneure und Bürgermeister, die allen Drohungen ihres Präsidenten zum Trotz in Sachen Umweltschutz Vorbildliches für ihren Zuständigkeitsbereich auf die Beine stellen. Herr Bernsmann, ich bin ganz sicher, Sie brauchen nicht einmal einen **bösen Blick** der deutschen Kanzlerin

fürchten, wenn Sie das Thema Klima in Rhede wirklich ernsthaft und tatkräftig angehen würden.

Natürlich würde ich, Herr Bernsmann, an dieser Stelle noch liebend gern detaillierter über ihren vorweihnachtlichen Engelsgesang im Bocholter Report eingehen. Aber wir haben hier und heute Haushaltsdebatte und deshalb läute ich nicht den Wahlkampf ein. Aber weil Sie in dem Interview beträchtliche Leistungen vergessen haben, Leistungen die hier auch in meiner Haushaltsrede zur Sprache kommen sollten, erlaube ich mir diese eine Anmerkung. All das, was die Stadt Rhede in diesen und den letzten Haushaltsjahren auf die Beine gestellt hat, all das geht eben **nicht**, wie Sie es dort den Bürgerinnen und Bürgern verkaufen, auf das Konto des Bürgermeisters, sondern in erster Linie und ganz wesentlich auf das Konto des Beigeordneten Hubert Wewering, des Kämmerers, der Fachbereichsleitungen und der vielen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Rhede. Insofern gilt unser diesjähriger Dank eben nicht nur der selbstverständlichen Erledigung der üblichen Aufgaben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wenn man sich **nur beispielhaft** die Realisierung der Stadthöfe, die Entwicklung der Gewerbegebiete, die Sicherstellung der medizinischen Versorgung oder das Engagement für die Gesa anschaut, dann sind es eben genau der Beigeordnete oder die Mitarbeiter der Bauverwaltung und des Schulamtes, die mit Herzblut und Engagement die vielfältigen Probleme wuppen. Wir hätten es begrüßt, wenn Sie das nicht nur pflichtgemäß in ihrer Haushaltsrede erwähnen, sondern auch in dem Zeitungsinterview herausgestellt hätten.

Bevor ich zum Ende komme, stelle ich nochmals fest: Aus den dargelegten Gründen sieht sich die SPD-Fraktion nicht in der Lage, dem Haushalt 2020 zuzustimmen.

Vielen Dank dem Verwaltungsvorstand und der Verwaltung, für die Aufstellung und Erläuterungen des diesjährigen Haushalts. Ihnen und euch allen frohe Weihnachten und alles Gute für 2020.

Und – danke fürs geduldige Zuhören.

